

Populismus und Rechtspopulismus im Vergleich: überzeugende Analysen trotz Begriffs-dilemmas

Reuter, Gerd: *Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, 289 Seiten, € 39,90.

Wielenga, Friso und Florian Hartleb (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Waxmann Verlag, Münster 2011, 244 Seiten, € 24,90.

Die Politikwissenschaft beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema Populismus. Fällt der Begriff, ist damit in der Regel die Genese neuartiger Parteien gemeint. Nach mehrheitlicher Auffassung vorwiegend auf der rechten Seite des politischen Spektrums angesiedelt, haben sich populistische Parteien meistens in kurzer Frist in zahlreichen westeuropäischen Parteiensystemen verankert. Belgien und die Niederlande werden dabei als Paradebeispiele genannt. In seiner 2009 erschienenen Dissertation vergleicht Gerd Reuter die Rolle des Rechtspopulismus im niederländischsprachigen Landesteil Belgiens mit dem in den Niederlanden und schließt damit eine lange bestehende Lücke im Forschungsstand (S. 54). Aufgrund der in beiden Ländern herrschenden Politischen Kultur, die auf Konsens statt Konkurrenz angelegt ist, und deswegen unterstellter Leistungsdefizite der politischen Systeme hält Reuter den Erfolg eines „antiparteienstaatlichen Rechtspopulismus“ in beiden Ländern nicht für überraschend (S. 58). Begründungsbedürftig sei jedoch die unterschiedliche Ausprägung des Erfolgs in diesen beiden nicht nur geografisch benachbarten, sondern auch kulturell und historisch eng verbundenen Monarchien (S. 60).

Folgerichtig wird der theoretische Teil der Untersuchung mithilfe eines Vergleichs historischer, kultureller und struktureller Rahmenbedingungen entwickelt. Der Autor sieht in der niederländischen Gesellschaft kein historisch gewachsenes rechtes Lager. In Belgien hingegen habe der bereits in der Entstehungsgeschichte des Landes begründete Konflikt zwischen der niederländischen und der französischen Sprachgruppe einen flämischen Regionalismus begünstigt (S. 109). Der organisatorisch deutlich beständiger flämische Rechtspopulismus könne sich daher auf den sprachlichen und regionalen Gegensatz berufen, der bis heute virulent sei (S. 67). Politische Konsequenz sei die Existenz eines Parallelparteiensystems in Flandern und Wallonien, wodurch sich, so Reuter, das Land in einem permanenten Aushandlungsprozess zwischen den politischen Interessenvertretern beider Regionen befände (S. 74). Verschärft würde der Konflikt durch das ebenfalls regionalisierte Wohlstandsgefälle. So habe der Strukturwandel in Wallonien Spuren sozialer Veränderung hinterlassen, die wohlfahrtschauvinistischen Einstellungsmustern in Flandern Vorschub leisten (S. 76). Auf einen vergleichbaren Regionalkonflikt könne sich der niederländische Rechtspopulismus nicht berufen. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung sieht Reuter jedoch Parallelen. Wenngleich unterschiedlich stark ausgeprägt, habe in beiden Ländern eine spürbare Entzäfelung und Reideologisierung der Gesellschaft stattgefunden. Insbesondere nach Überschreiten des Leistungszenits der Konkordanzdemokratie habe sich dem Populismus von rechts ein Gelegenheitsfenster geöffnet (S. 114).

Der historisch-kulturellen Betrachtung schließt Reuter eine vergleichende Analyse des Wählerverhaltens, der inhaltlichen Strategien sowie des Umgangs des etablierten Parteiens-

systems mit dem rechtspopulistischen Herausforderer an. Hierzu kann er einige sehr interessante Befunde vortragen, die für seine Hypothese vom antiparteienstaatlichen Rechtspopulismus sprechen. So legt er überzeugend dar, dass sich der Erfolg des Rechtspopulismus in Belgien wie in den Niederlanden ganz offensichtlich unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation eingestellt hat. Trotz einer in beiden Staaten insgesamt positiven ökonomischen Entwicklung kamen vergleichsweise hohe Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien zustande (S. 123). Anhand von empirischen Daten wird sodann gezeigt, dass eine Identifikation mit den klassischen sozialmoralischen Milieus auch in Belgien und den Niederlanden das Wahlverhalten deutlich beeinflusst. So hatte ein mit hoher, regelmäßiger Kirchgangshäufigkeit verbundener Katholizismus einen signifikant negativen Einfluss auf die Wahl der Liste *Pim Fortuyn* oder des Vlaams Belang (S. 160, S. 169).

Als einen wesentlichen Unterschied des Rechtspopulismus in beiden Ländern arbeitet Reuter die Organisationsstruktur und die Beteiligung an der unmittelbaren politischen Gestaltungsmacht heraus. Das Vlaams Belang in Belgien konnte über einen vergleichsweise langen Zeitraum organisatorische Strukturen herausbilden und sich gesellschaftlich verankern (S. 181). Der Erfolg der Liste *Pim Fortuyns* beruhte hingegen fast ausschließlich auf der Dominanz des Namensgebers der Partei. Die Unbedarftheit seiner politischen Mitstreiter war daher eine der Hauptursachen für den ebenso schnellen Niedergang der Liste nach *Fortuyns* Ermordung (S. 197, S. 203) – und dies, obwohl sich die Medien, so Reuter, in den Niederlanden auch auf den rechtspopulistischen Herausforderer stürzten (S. 194). In Belgien habe bisher ein von den übrigen Eliten des Landes getragener *cordon sanitaire* die Regierungsbeteiligung des Vlaams Belang trotz besserer Organisationsstruktur und dem Bemühen um programmatische Mäßigung verhindert (S. 73).

Reuter gelingt es, seinen Untersuchungsgegenstand umfassend und erschöpfend zu bearbeiten. In der Analyse bleibt jedoch an einer Stelle unklar, warum der Autor den Populisten von rechts unterstellt, keinen festen ideologischen Bezugspunkt zu haben (S. 110), und zwar dies trotz der nachvollziehbar eingeführten Kriterien „Bevorzugung des eigenen Volkes“ und „Artikulierung der Migrationsproblematik“ (S. 39). Mag die These Reuters für Populismus zutreffen, so ist sie für den Rechtspopulismus sicher nicht korrekt. Sehr wahrscheinlich ist diese sprachliche Unschärfe auf die in der Literatur zu beobachtende Gleichsetzung von Populismus und Rechtspopulismus zurückzuführen, denn zweifellos kann und soll das Erfolgsrezept Populismus oft auch weltanschauliche Schlagseiten erhalten, um dem Protest eine inhaltliche Richtung zu geben. Dies ist allein schon aus Gründen des inneren Zusammenhalts einer politischen Organisation unumgänglich. Bedauerlich ist, dass der aus sozialwissenschaftlicher Sicht interessanteste Abschnitt der Arbeit, eine empirische Analyse des Wählerverhaltens in Belgien und den Niederlanden, mehrheitlich nicht anhand gleicher Analyseebenen erfolgt (S. 158 – 170) – eine Tatsache, die auch mit der insgesamt schwierigen Datenlage zu tun hat, jedoch den Aussagewert der empirischen Ergebnisse mit Blick auf den vergleichenden Anspruch der Arbeit etwas schmälert. Dennoch liegt hier eine analytisch überzeugende Arbeit vor, die als gelungene Ergänzung des Forschungsstandes zu werten ist.

Der Sammelband von *Friso Wielenga* und *Florian Hartleb* analysiert den Populismus vergleichend am Beispiel Deutschlands und der Niederlande. Konzept und Titel der Arbeit machen deutlich, dass Populismus hier nicht auf das rechte politische Spektrum verengt, sondern in einem breiteren Zusammenhang analysiert wird. Die verschiedenen Merkmale und Ausprägungen des Populismus werden im Lichte eines vierdimensionalen Rasters un-

tersucht, das technische, inhaltliche, personelle und mediale Aspekte umfasst (S. 12). Interessant ist der vorgelegte Sammelband vor allem, weil der nicht nur politisch umstrittene, sondern auch wissenschaftlich schwer handhabbare Begriff Populismus sowohl theoretisch (Paul Lucardie, Frank Decker, Florian Hartleb, Marcel Lewandowsky) als auch empirisch (Gerd Reuter, Koen Vossen, Markus Wilp, René Cuperus, Gerrit Voerman, Harald Fühner) behandelt wird. Allen Untersuchungen liegt die Annahme zugrunde, dass es sich beim Populismus um eine *dünne* oder *partielle* Ideologie des Gegensatzes zwischen Volk und Elite handelt, die jeweils durch eine oder mehrere der vier genannten Sekundärdimensionen ergänzt wird (S. 18 f.). Die Analysen machen deutlich, dass die von Populisten selbstbewusst in Anspruch genommene Anwaltschaft für das ganze Volk – auch im historischen Vergleich mit früheren volkstümlichen Bewegungen – in der Empirie stets auf bestimmte Gruppen begrenzt war (unter anderem S. 19).

Besondere Erwähnung verdient der Beitrag von Mitherausgeber *Florian Hartleb*, der den volksnahen und elitekritischen Gestus nicht ausschließlich als ein Phänomen von üblicherweise verdächtigten populistischen Parteien begreift. Gerade in der modernen deutschen Mediendemokratie generiert dieser zu einem zentralen Kennzeichen der Parteipolitik insgesamt. Erkennbar sei das in Deutschland am zunehmenden Erfolg eines für etablierte Parteien eher untypischen Politikertyps mit der Fähigkeit, „Politik auch in das Unterhaltungsformat transportieren zu können“ (S. 116). Dies ist zweifellos auch Folge des Nachlassens klassischer Milieubindungen, wie *Wilp* am Beispiel Deutschlands und der Niederlande überzeugend darlegt (S. 140 – 146). Gerade in den Niederlanden, so *Koen Vossen*, habe sich *Geert Wilders* vor allem in der jüngeren Vergangenheit zu einer Art individualisiertem Catch-all-Politiker entwickelt, bei dem Merkmale rechtsextremer Gesinnung ergänzend hinzutreten (S. 93 – 100).

Den in der repräsentativen Demokratie bestehenden Grundkonflikt zwischen den demokratisch Legitimierte und den Legitimierenden arbeitet *Frank Decker* auf (S. 39 – 54). Die Herausforderung für die moderne repräsentative Demokratie erwachse aus ihrer „Synthese zweier normativer Prinzipien: der Volkssouveränität und der Verfassungsstaatlichkeit“ (S. 45). Während die repräsentative Demokratie aus ihrer inneren Logik heraus eine Politik des hypothetischen und nicht des empirischen Volkswillens betreibe, verhindere das Prinzip der Verfassungsstaatlichkeit die Selbstabschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln (ebenda). Die Kontroverse entzünde sich aufgrund des Gegensatzes zwischen „repräsentativer Meinungsinklusion“ und „plebiszitärer Dezision“, die von Populisten gefordert wird. Der Populismus erfülle deswegen eine demokratietheoretisch notwendige Korrekturfunktion, da er Entscheidungen des repräsentativen Systems einer direkten basisdemokratischen Überprüfung unterziehe (S. 47). Zwar wird damit das basisdemokratische Prinzip unmittelbar gegen die demokratische Verfassungsstaatlichkeit in Stellung gebracht. Die politische Auseinandersetzung mit dem populistischen Mahner bedeute deswegen auch den notwendigen Umgang mit demokratietheoretischen Problemen einer Repräsentativverfassung, die *Decker* etwas grobschlächtig als „Verkrustungen“ oder „Fantasielosigkeit“ bezeichnet (S. 43).

Der Sammelband von *Wielanga* und *Hartleb* überzeugt durch die analytische Tiefe und Information seiner Beiträge. Ein grundsätzliches Dilemma kann er jedoch nicht lösen. Der Begriff Populismus wird, so *Wielanga* eingangs, nur für solche Parteien verwandt, deren *raison d'être* die Artikulation des Gegensatzes zwischen „dem Volk“ und „der Elite“ ist (S. 22). Aber gerade wenn Populismus als ein stimmenmaximierendes Element auch in den

„die Elite“ mitbesetzenden etablierten Parteien angekommen ist und er als demokratisches Korrektiv verstanden wird, stellt sich die Frage nach dem analytischen Gehalt des Begriffs. Dies gilt im Besonderen, wenn er selbst in der wissenschaftlichen Analyse eine politische Stoßrichtung erhält (*Cuperus*, S. 163 – 178). Populismus, also der anti-elitäre Gestus, ist für etablierte und regierungstragende Parteien stellenweise nützlich. Aber er ist nicht Markenkern von etablierten Parteien, die vielmehr eine Regierungsbeteiligung anstreben, öffentliche Ämter besetzen und staatliche Funktionen ausüben wollen. Der eingeführte Begriff Protestpartei als eine analytische Kategorie für Parteien, denen die Anti-Establishment-Symbolik im Gegensatz dazu als notwendiges Abgrenzungsmerkmal von der Funktionselite einer Gesellschaft dient, ist für diese Unterscheidung hilfreich.

Sebastian Rehse

21. Jahrbuch zu Extremismus und Demokratie: präzise Berichterstattung, inhaltsstarke Orientierung

Backes, Uwe, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2009, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010, € 49,–.

Zum ersten Mal von drei Herausgebern besorgt, liegt der 21. Band des Jahrbuches „Extremismus und Demokratie“ vor. Seine 504 Seiten gliedern sich in „Analysen“, „Daten, Dokumente, Dossiers“, einen 220 Seiten umfassenden Literaturteil sowie ein Editorial, „Mitteilungen und Hinweise“ und ergänzende Anhänge. Die beiden bisherigen Verantwortlichen sind als Herausgeber durch *Alexander Gallus* wirksam entlastet worden. Das Niveau der Publikation ist stabil, die Liste der Autoren beeindruckend. Neben etlichen anderen stehen die Namen *Klaus von Beyme, Wilfried von Bredow, Hans Fenske, Iring Fettscher, Hannelore Horn, Peter Lüsche, Wilfried Loth, Tilman Mayer, Werner Müller, Ursula Münch, Hiltrud Naßmacher, Ernst Nolte, Geoffrey K. Roberts, Alfons Söllner, Roland Sturm* und *Nikolaus Werz*.

Inhaltlich setzt das Jahrbuch erfrischend „politically incorrect“ mit einem Vergleich zwischen NPD und „Die Linke“ ein, wobei *Eckhard Jesse* bereits im Untertitel zwischen „einer harten und einer weichen Form des Extremismus“ unterscheidet und damit den möglichen Vorwurf mangelnder Differenzierung antizipiert. Beiden untersuchten Parteien weist *Jesse* eine Gegnerschaft zur bestehenden freiheitlich-demokratischen Ordnung des Gemeinwesens nach, wobei die einen offensiv auftreten, die Parteiführung der anderen sich eher ambivalent verhält, verfassungsrevisionistischen Strömungen aber nicht entgegentreitt (S. 13 – 31). Inhaltlich ergänzend erörtert *Jürgen Lang*, ob Die Linke als demokratische Partei klassifiziert werden könne. *Lang* sieht allenthalben Ambivalenzen durch ein Nebeneinander unaufgelöster Spannungen zu SED-Diktatur, Systemgegnern und elementaren Freiheitsrechten (S. 161 – 179). Der Rechtsextremismus wird von *Elmar Vieregge* durch eine biographische Skizze zu *Andreas Molau*, einem der wenigen Akademiker unter den Aktivisten, näher beleuchtet (S. 197 – 214). Präsentiert wird die berufliche Karriere von schriftstellerischen Anfängen über eine „bürgerliche“ Lehreretappe zu einer hauptamtlichen politischen Tätigkeit, die abrupt endet, als der Griff des Multifunktionärs nach dem NPD-Vorsitz